

Torgler als Gesetzeswächter

In der Presse der letzten Tage ist es wiederholt... Geschehen darüber liegen, daß die sozialistischen Minister...

Die Ortsgruppe Lichtenberg dieser Organisation beauftragt ihr Mitglied Wollenstein mit der Vertretung ihrer Interessen...

Auf das Schreiben vom 10. Oktober 1927 erwidern wir ergebend, daß wir leider nicht in der Lage sind, die Vertretung...

In jenem Reichsausschuß sitzt neben dem Kyffhäuserbund des Deutschen Kriegerverbands und dem Nationalverband der Offiziere...

Interessengemeinschaft

Alkoholkapital - Fortbildungsschulen

Der durch Schloßdruck des staatlichen Schlichters bezogene 14tägige Brauerarbeiterstreik zeigte neben dem ungehörigen Betrag an streikenden Arbeiterkategorien...

Das Brauerkapital, das in den letzten Jahren ungeheure Mengen für Dividende an ihren Aktionären ausschütten konnte...

Es würde natürlich über die allgemeine übliche Arbeitszeit der Lehrlinge hinausgearbeitet, und die Ueberstunden bei Lehrlingen...

Das Tollste ist allerdings, daß den Lehrlingen nicht gestattet war, während des Streiks die Fortbildungsschule zu besuchen...

Aus der Partei

Anträge und Resolutionen

Entschließung Berlin über die Aufgaben der Kontrollkommission

Nach dem Organisationsstatut hat die KK die Aufgabe, Organisation und Kassenergebnisse der GHA zu kontrollieren...

Bei den vorliegenden Differenzen in der Partei kann also die KK lediglich prüfen, ob der HA in korrekter Weise die Abrechnung...

Entschließung des Bezirks Groß-Berlin zur Resolution

Die Ortsgruppe Groß-Berlin der KAPD hält die Stellung der Ortsgruppe Leipzig, abgesehen von dem einleitenden Satz über die Frage der Parteidemokratie für vollkommen unzulänglich...

Zu 1) Die Terminologie der Leipziger Resolution, in einer Berliner Mitgliederversammlung stimmten die Vertreter des GHA...

Zu 2) Die Behauptung in der Leipziger Resolution, in einer Berliner Mitgliederversammlung stimmten die Vertreter des GHA...

Zu 3) Wenn ein Genosse in verantwortlicher Funktion bei einer faktischen Entscheidung in einen Gewissenskonflikt gerät...

Die „Verurteilung“ der Opposition, verbunden mit der Forderung der Zulassung zu Reichs- und Bezirkskongressen...

Gewerkschaftszugehörigkeit von Parteigenossen

Jedes KAPD-Mitglied, das gegen Entgelt beschäftigt ist, muß Mitglied der AAUD sein. Mehr als einmal ist an diesem Grundsatz der Organisation getreten...

Die Gruppe Mainz der KAP verurteilt das Vorhaben der Berliner Opposition in der Angelegenheit Schwarz, da deren Maßnahmen dazu geeignet sind, unsere Organisation zu zerstören...

Entschließung der Ortsgruppe Halle

Die Ortsgruppe Halle ist der Auffassung, daß nur, wer das Programm der KAPD anerkennt, aufgenommen werden kann...

Die sogenannte Opposition, welche sich durch Beitragsperre usw. außerhalb der Organisation gestellt hat, ist nicht mehr zu heilen...

Die Ortsgruppe Halle ist der Auffassung, daß nur, wer das Programm der KAPD anerkennt, aufgenommen werden kann...

Das Thema war: „Opposition in der KPD“. In der Versammlung am 19. Oktober waren zahlreiche Mitglieder der RFB anwesend...

Gespräch zu verhandeln, in der deutlichen Absicht, den Reifezeiten am dem Konzept zu bringen; was ihm aber vorbereitung...

Die weitere Diskussion, in der auch ein sog. prominenter Führer der Moskauer sprach, ergab aber doch, daß nur ein paar ganz launische Anhänger der KPD...

Nicht mehr ganz so heidnisch zog am Schluß alles ab. General, Adjutant, und auch die Truppen der RFB...

„Wo steht die Partei?“ In dem so bezeichneten Artikel der Nr. 82 hat der Druckfehlerteil, mit technischen Mißrätigkeiten, allerlei Unsinne angebracht...

Im Kapitel „Der sogenannte Fall Schwarz“ muß es über den „antiparlamentarischen Parlamentarismus“ der E. L. (3. Absatz) heißen: „Die KAPD hat dort nicht die Ausnutzung...

Nach Empfang der Note des Völkerverbands vom 12. Dezember 1925, in welcher die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eingeladen wurde...

In der 2. Spalte, Absatz 2, über Annahme von Geldern, die nicht aus Mitgliedbeiträgen stammen: Alle gegenteiligen Argumente sind deshalb falsch...

In Nr. 82 sind im ersten Artikel rechts auf der ersten Seite in der Korrektur die Zeilen verwechselt. Es muß heißen: Entweder immer neue Hausgeschlossdrücke und Sklaventräger...

Mitteilungen

Dienstag, den 1. November, abends 7.30 Uhr. 6. 13. und 14. Bezirk. Tagungsort: Schwarzkopf, Fontanestraße 26, Neukölln.

1. 5. 16. und 17. Bezirk. Lokal Piekenhagen, Scharnweberstraße 16.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Achtung! Am Mittwoch, den 2. November 1927, abends 7.30 Uhr...

Wichtige Tagesordnung! Am Mittwoch, den 2. November 1927, abends 7.30 Uhr...

Bestellschein

Ich bestelle hiermit ab die: Kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ (Vor- und Zuname) (Wohnort und Straße)

Dieser Bestellschein ist an die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden oder direkt der zuständigen Postanstalt zu übergeben.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur...

Berlin, 4. November 1927

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jedem Monats im voraus...

Rußland geht zur „Abrüstungs-Konferenz“ Jubel der Sozialdemokratie

Als Genf wird gemeldet: Der Generalsekretär des Völkerverbands hat von Tschitscherin folgendes Telegramm erhalten:

Nach Empfang der Note des Völkerverbands vom 12. Dezember 1925, in welcher die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eingeladen wurde...

In der 2. Spalte, Absatz 2, über Annahme von Geldern, die nicht aus Mitgliedbeiträgen stammen: Alle gegenteiligen Argumente sind deshalb falsch...

Dazu schreibt der Vorwärts (Abendausgabe 31. Oktober): „Diese Ankündigung ist ein bedeutendes und begrüßenswertes Ereignis...

Außerordentlich bedeutsam sind ferner die Auslassungen des „Vorwärts“ vom 1. November (Morgenausgabe), Stamper schreibt hier:

Wir wer bereits im größten Teil unserer gestrigen Abendausgabe melden konnten, hat Tschitscherin dem Generalsekretär des Völkerverbands, Sir Eric Drummond...

Die Gruppe Mainz der KAP verurteilt das Vorhaben der Berliner Opposition in der Angelegenheit Schwarz, da deren Maßnahmen dazu geeignet sind, unsere Organisation zu zerstören...

Die Ortsgruppe Halle ist der Auffassung, daß nur, wer das Programm der KAPD anerkennt, aufgenommen werden kann...

Das Thema war: „Opposition in der KPD“. In der Versammlung am 19. Oktober waren zahlreiche Mitglieder der RFB anwesend...

Dieser Bestellschein ist an die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden oder direkt der zuständigen Postanstalt zu übergeben.

Mit Kerker und Kugel

Stalin gegen die russische Opposition. Wenn die christlichen Könige des mittelalterlichen Spaniens ein Fest feierten, dann ließen sie die Scheiterhaufen brennen...

Wir wiesen in Nr. 84 der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung darauf hin, daß die Opposition in allen ihren Schattierungen nicht nur in den Mitteln der Parteidemokratie...

„Der Völkerverband oder die, die ihn leiten, keinesfalls daran interessiert sind, daß die Konferenz zu positiven Ergebnissen kommt.“

„Den Tag erwarten, an dem eine Initiative von einer für diesen Zweck speziell gebildeten Kommission ergriffen werden wird, der die Atmosphäre der Tradition und der Intrigen von Genf fremd ist...“

Es ist etwa der bisherige Verlauf der Abrüstungsarbeiten über dessen unbefriedigenden Charakter wir keinen Zweifel lassen haben...

Es ist Herr Stalin bisher nicht immer leicht gefallen, den Feldzug gegen die Trotzki und Sinowjew mit derjenigen Schärfe durchzuführen, die ihm vorschwebte...

Der „Verrat militärischer Geheimnisse“ soll darin bestehen, daß die Trotzki und Sinowjew, die es ja wissen müssen, den Versuch machen, einige der unsäubersten Spitzelgeheimnisse der GPU...

Der Sinn des Stalinschen „Jubiläum“ wird immer klarer. Die „Einheit“ mit dem Menschewismus macht im Zeichen dieses Jubiläum „rasende Fortschritte“...

Uns kann es nur recht sein, daß die Renegaten im Kram immer deutlicher reden und handeln. Es wird dadurch dem Proletariat immer leichter gemacht, zu erkennen, daß der Weg des Ekki der Weg der Bourgeoisie, daß seine ist...

Wir wiesen in Nr. 84 der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung darauf hin, daß die Opposition in allen ihren Schattierungen nicht nur in den Mitteln der Parteidemokratie...

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung im Lehrplan-Verlag, Berlin SO. 36, Lantzer Platz 13. Telefon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 7. November 1927
Alle Zahlungen an Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 423 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lantzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post monatlich 1,50 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im Voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht angenommen.

Zum 10. Jahrestag der russ. Revolution 1917-1927

Der „sozialistische“ Aufbau

Die Totenbeschwörung

Es ist noch kein Jahrzehnt her, sondern erst knapp neun Jahre, als der von Liebknecht-Luxemburg geführte Spartakusbund tagtäglich durch eine ekelhafte politische Jauche waten mußte. Damals, im November 1918 und in den folgenden Monaten, war es die SPD, die das revolutionäre Proletariat Deutschlands in eine Dreckschlamm-Verleumdung zu ertränken versuchte. Die Ebert, Scheidemann, Noske lebten in Angst und Schrecken vor der monarchistischen Gegenrevolution — und organisierten gemeinsam mit der alten Offizierskamarilla die weißen Banden gegen die revolutionären Arbeiter. „Rettet die Demokratie, die Republik“, schrien die sozialdemokratischen Bonzen dem Proletariat zu — und sie gingen hin, bespöttelten die taubstummsten Klassenkämpfer als Narren und ihre Führer als „Agenten der Bourgeoisie“; und sie heuchelten Pazifismus und hetzten die weißgardistische Meute auf die revolutionären Arbeiter und predigten durch den Mund ihres Züchlers, des Meuchelmörders „Karl Ross, Radek und Kumpant“. Die SPD-Führer spielten sich als unversöhnliche Feinde des Kapitalismus auf — und veranstalteten Treibjagden auf Spartakus, sie brüllten „nieder mit der Konterrevolution“ — um desto sicherer die proletarische Revolution mit dem Strick der bürgerlichen Demokratie erdrosseln zu können!

der Sowjetbeamten gehören, können nicht so leichtfertig urteilen; sie werden aber den Sozialismus in ihrem Lande ihre eigenen Gedanken haben, auch wenn sie noch aus „Disziplin“ schweigen, am ehesten nicht unangenehm anzufallen.

Die „kommunistischen“ Jubiläumssprecher können noch so vom russischen Sozialismus erzählen, die harten Tatsachen strafen sie doch Lügen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise der besitzenden Baurmassen muß vorläufig den Klassengegensatz zum Industrieproletariat vergröbern, das ja seine sozialen Interessen zurückstellen muß, um das Gebilde der NEP nicht ins Wanken zu bringen. Die Verständigungspolitik der Moskauer Regierung mit den ausländischen Bourgeoisien treibt die russischen Arbeiter ebenso in Widerspruch mit internationaler Proletariat, weil letzteres doch wegen der „sozialistischen“ kapitalistischen Bündnisse nicht auf den Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie verzichten kann. Rußlands Bereitschaft, an der imperialistischen „Arbeitskonferenz“ teilzunehmen, ist objektiv gleichfalls nur ein weiterer Schritt zum kapitalistischen „Völkerband“, und wird gerade von den gemeinsten Verleumdern des Kommunismus, den deutschen SPD-Bonzen, treulich begrüßt. Innenpolitisch durch die kapitalistischen Kräfte der NEP, wie außenpolitisch durch diplomatische Arbeitergemeinschaft und Verträge mit kapitalistischen Staaten befindet sich die Sowjetunion in einer Lage, die sich von der Situation 1917 unterscheidet wie Tag und Nacht. Wenn die toten Helden der Oktoberrevolution heute aus dem Grabe emporsteigen könnten, würden sie feststellen, daß die Newportische eine kapitalistische Produktionsform ist, daß die Proletariat ein neues Joch der Ausbeutung tragen müssen.

Je näher der Tag des Stalinsjubiläum heranrückt, desto mehr schwillt die Flut der Lügen an, mit denen man vor russischer Seite versucht, die Kluft zwischen Schein und Sein zu verdecken und dem Proletariat mit einer letzten Anstrengung klar zu machen, daß das Land der Kataklyse doch ein „Arbeiterparadies“ sei.

Nun haben wir allerdings in der letzten Zeit mit aller Schärfe darauf hingewiesen, wie wenig die Verfolgung der Opposition mit Kerker und Kugel sowie die Außenwelt eines riesigen Sprechers von sogenannten „Arbeiterdelegierten sozialdemokratischer Herkunft und Überzeugung in Moskau zu dem angeblich „proletarischen“ Charakter dieses Staates und seiner Jubiläumsspiele paßt. Solche Einwände machen die Stalinsleute aber nicht stutzig in ihrer Behauptung von „sozialistischen“ Aufbau in einem Lande. Sie kommen da gleich mit einem Gefolge von statistischen Ziffern, die sie von ihren bezahlten und beamteten Kreaturen zusammenschreiben lassen und durch die sie sich den Arbeitern hindurchdrücken, auch wenn er so pedantisch wäre, wie das Papier, auf dem diese Zahlen erdacht und geschrieben wurden.

Nun kann man aber nicht immer geschickt lügen, wenn zwischen den erlogenen Behauptungen und der Wirklichkeit ein solcher Unterschied besteht wie zwischen den phantastischen Behauptungen der Stalinskluge und der russischen Wirklichkeit. Es erheben sich dann Tatsachen und es erfolgen Eingeständnisse, die die Wahrheit zurückbringen, um die Fälscher der Wahrheit in Flagrant zu ertappen und endgültig zu entlarven. Wir wollen zur Jubiläumssfeier einiges in diesem Sinne beisteuern.

Hätte, am zehnten Jahrestag der glorreichen russischen Revolution, ist die Situation so ähnlich — nur die Personen und die Kostüme haben gewechselt. Es ist die gleiche politische Melodie, wie vor neun Jahren in Deutschland, die heute in Rußland der Arbeiterschaft vorgespielt wird. „Der sozialistische Aufbau geht vorwärts“, versichert tagtäglich das regierungsbolschewistische Zentralkomitee — und erklärt jeden daran zweifelnden Oktoberkämpfer zum „Agenten Chamberlains“. „Nieder mit dem internationalen Menschewismus“ brüllen die Sprachrohre der leninistischen Parteien — und in den letzten Wochen sind aus aller Herren Länder Waggonen mit Sozialdemokraten nach Moskau gerollt, um an den Jubiläumssfeiern befallkuschende Statisten abzugeben! „Kampf dem Kapitalismus, dem Imperialismus“ — und die „roten“ Diplomaten Rußlands werden von der Moskauer Regierung beglückwünscht, wenn sie mit den europäischen Bourgeoisien Handelsverbindungen und — politische Beziehungen anknüpfen! „Verteidigt die Errungenschaften des Oktober“ rufen die Getreuen Stalins den Arbeitermassen zu — und der stalinistische Jaroslawski fordert, daß gegen die bolschewistische Opposition endlich mit Kerker und Kugel vorgegangen wird! Auch für die russischen Leninistenführer heißt heute die Parole: Nieder mit den oppositionellen Elementen, damit die NEP-Ordnung der Sowjetunion leben kann. Auch in Rußland muß heute jeder wirklich charakterfeste Kommunist in die Schimpfwinkel der Illegalität flüchten, weil seine marxistische Überzeugung mit den herrschenden Staatsinteressen in immer schärferen Konflikt gerät. — Und die KPD, deren Führer vor neun Jahren von der Ebert-Meute in die Klauen der Edenhof-Behandlung getrieben wurde, dießelbe KPD, zieht heute die größten Schmutztafel aus über alle kommunistischen Arbeiter, die das Rußland von 1927 so sehen, wie es in Wirklichkeit ist.

Das sagen nicht nur wir, sondern auch die noch auf dem Boden des Leninismus stehende russische Opposition der Trotzki, Sinowjew und Genossen. Sie müssen das fortschreitende Wachstum der kapitalistischen Elemente Rußlands und die damit verbundene Verschlechterung der proletarischen Klassenlage und Verschärfung der sozialen Gegensätze signalisieren, weil sie sich mit ihrem täglichen praktischen Anschauungsunterricht über die Wirklichkeit weghören. Die zehnjährige Entwicklung der Sowjetunion hat wirtschaftliche und politische Verhältnisse geschaffen, die nach einer neuen gewaltsamen Umwälzung schreien, wenn das russische Proletariat nicht unter die Räder kommen soll. Der besitzende Bauer, der mit seiner starken ökonomischen Macht die Hauptfigur darstellt; der neue industrielle Bourgeois, der das legitime Kind der NEP ist; der leninistische Staatsbeamte, der die kapitalistische Entwicklung als marschierenden Sozialismus idealisiert — das sind die drei großen Klassengruppen, gegen die die russische Arbeiterschaft den Klassenkampf aufnehmen muß.

Zunächst ein Faktum der Stalinschen Außenpolitik, der russisch-persische Vertrag. Wir erwähnten diesen Vertrag bereits als bemerkenswert wegen der in ihm enthaltenen völligen Preisgabe des Außenhandelsmonopols. Wir kennen jetzt den Wortlaut dieses Vertrages und seine näheren Bestimmungen. Wir geben einiges daraus wieder. Der Leser wird darnach erkennen, daß die Dinge noch schlimmer liegen, als wir ursprünglich annahm.

Es heißt dort in dem Vertrage:

„Die Zentralverwaltung der Sowjetunion und Seine Kaiserliche Hoheit, der Schah von Persien, haben erkannt, daß den Interessen der beiden Vertragschließenden Teile genaue Bedingungen entsprechen, die zur Festigung dauerhafter und normaler Beziehungen und Verbindung durch aufrichtige Freundschaft geeignet sind.

„In Verträge selbst wird, wie schon erwähnt, das Außenhandelsmonopol aufgehoben, indem Persien nicht nur der freien Transit seines Exports sowie seines Imports aus dritten Ländern auf dem Wege durch Rußland zugestanden, sondern darüber hinaus, auch die Einfuhr persischer Erzeugnisse nach Rußland zu erleichterten Bedingungen zugestanden wird.

Dann aber heißt es:

Hätte, am zehnten Jahrestag der glorreichen russischen Revolution, ist die Situation so ähnlich — nur die Personen und die Kostüme haben gewechselt. Es ist die gleiche politische Melodie, wie vor neun Jahren in Deutschland, die heute in Rußland der Arbeiterschaft vorgespielt wird. „Der sozialistische Aufbau geht vorwärts“, versichert tagtäglich das regierungsbolschewistische Zentralkomitee — und erklärt jeden daran zweifelnden Oktoberkämpfer zum „Agenten Chamberlains“.

Das sagen nicht nur wir, sondern auch die noch auf dem Boden des Leninismus stehende russische Opposition der Trotzki, Sinowjew und Genossen. Sie müssen das fortschreitende Wachstum der kapitalistischen Elemente Rußlands und die damit verbundene Verschlechterung der proletarischen Klassenlage und Verschärfung der sozialen Gegensätze signalisieren, weil sie sich mit ihrem täglichen praktischen Anschauungsunterricht über die Wirklichkeit weghören. Die zehnjährige Entwicklung der Sowjetunion hat wirtschaftliche und politische Verhältnisse geschaffen, die nach einer neuen gewaltsamen Umwälzung schreien, wenn das russische Proletariat nicht unter die Räder kommen soll. Der besitzende Bauer, der mit seiner starken ökonomischen Macht die Hauptfigur darstellt; der neue industrielle Bourgeois, der das legitime Kind der NEP ist; der leninistische Staatsbeamte, der die kapitalistische Entwicklung als marschierenden Sozialismus idealisiert — das sind die drei großen Klassengruppen, gegen die die russische Arbeiterschaft den Klassenkampf aufnehmen muß.

Jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet sich, weder tatsächlich, noch formal zu politischen Bündnissen oder Abkommen teilzunehmen, welche einen die Souveränität des andern Vertragschließenden Teiles zu Lande oder zu Wasser sowie gegen seine Unverletzlichkeit, Unabhängigkeit oder Souveränität gerichtet sind. Außerdem verpflichtet beide vertragschließenden Teile auf die Teilnahme an einem Wirtschaftshyökott oder einer Blockade, die von dritten Mächten gegen eine von ihnen organisiert wird.

Hätte, am zehnten Jahrestag der glorreichen russischen Revolution, ist die Situation so ähnlich — nur die Personen und die Kostüme haben gewechselt. Es ist die gleiche politische Melodie, wie vor neun Jahren in Deutschland, die heute in Rußland der Arbeiterschaft vorgespielt wird. „Der sozialistische Aufbau geht vorwärts“, versichert tagtäglich das regierungsbolschewistische Zentralkomitee — und erklärt jeden daran zweifelnden Oktoberkämpfer zum „Agenten Chamberlains“.

Das sagen nicht nur wir, sondern auch die noch auf dem Boden des Leninismus stehende russische Opposition der Trotzki, Sinowjew und Genossen. Sie müssen das fortschreitende Wachstum der kapitalistischen Elemente Rußlands und die damit verbundene Verschlechterung der proletarischen Klassenlage und Verschärfung der sozialen Gegensätze signalisieren, weil sie sich mit ihrem täglichen praktischen Anschauungsunterricht über die Wirklichkeit weghören. Die zehnjährige Entwicklung der Sowjetunion hat wirtschaftliche und politische Verhältnisse geschaffen, die nach einer neuen gewaltsamen Umwälzung schreien, wenn das russische Proletariat nicht unter die Räder kommen soll. Der besitzende Bauer, der mit seiner starken ökonomischen Macht die Hauptfigur darstellt; der neue industrielle Bourgeois, der das legitime Kind der NEP ist; der leninistische Staatsbeamte, der die kapitalistische Entwicklung als marschierenden Sozialismus idealisiert — das sind die drei großen Klassengruppen, gegen die die russische Arbeiterschaft den Klassenkampf aufnehmen muß.

Jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet sich, weder tatsächlich, noch formal zu politischen Bündnissen oder Abkommen teilzunehmen, welche einen die Souveränität des andern Vertragschließenden Teiles zu Lande oder zu Wasser sowie gegen seine Unverletzlichkeit, Unabhängigkeit oder Souveränität gerichtet sind. Außerdem verpflichtet beide vertragschließenden Teile auf die Teilnahme an einem Wirtschaftshyökott oder einer Blockade, die von dritten Mächten gegen eine von ihnen organisiert wird.

Hätte, am zehnten Jahrestag der glorreichen russischen Revolution, ist die Situation so ähnlich — nur die Personen und die Kostüme haben gewechselt. Es ist die gleiche politische Melodie, wie vor neun Jahren in Deutschland, die heute in Rußland der Arbeiterschaft vorgespielt wird. „Der sozialistische Aufbau geht vorwärts“, versichert tagtäglich das regierungsbolschewistische Zentralkomitee — und erklärt jeden daran zweifelnden Oktoberkämpfer zum „Agenten Chamberlains“.

Das sagen nicht nur wir, sondern auch die noch auf dem Boden des Leninismus stehende russische Opposition der Trotzki, Sinowjew und Genossen. Sie müssen das fortschreitende Wachstum der kapitalistischen Elemente Rußlands und die damit verbundene Verschlechterung der proletarischen Klassenlage und Verschärfung der sozialen Gegensätze signalisieren, weil sie sich mit ihrem täglichen praktischen Anschauungsunterricht über die Wirklichkeit weghören. Die zehnjährige Entwicklung der Sowjetunion hat wirtschaftliche und politische Verhältnisse geschaffen, die nach einer neuen gewaltsamen Umwälzung schreien, wenn das russische Proletariat nicht unter die Räder kommen soll. Der besitzende Bauer, der mit seiner starken ökonomischen Macht die Hauptfigur darstellt; der neue industrielle Bourgeois, der das legitime Kind der NEP ist; der leninistische Staatsbeamte, der die kapitalistische Entwicklung als marschierenden Sozialismus idealisiert — das sind die drei großen Klassengruppen, gegen die die russische Arbeiterschaft den Klassenkampf aufnehmen muß.

Jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet sich, weder tatsächlich, noch formal zu politischen Bündnissen oder Abkommen teilzunehmen, welche einen die Souveränität des andern Vertragschließenden Teiles zu Lande oder zu Wasser sowie gegen seine Unverletzlichkeit, Unabhängigkeit oder Souveränität gerichtet sind. Außerdem verpflichtet beide vertragschließenden Teile auf die Teilnahme an einem Wirtschaftshyökott oder einer Blockade, die von dritten Mächten gegen eine von ihnen organisiert wird.

Hätte, am zehnten Jahrestag der glorreichen russischen Revolution, ist die Situation so ähnlich — nur die Personen und die Kostüme haben gewechselt. Es ist die gleiche politische Melodie, wie vor neun Jahren in Deutschland, die heute in Rußland der Arbeiterschaft vorgespielt wird. „Der sozialistische Aufbau geht vorwärts“, versichert tagtäglich das regierungsbolschewistische Zentralkomitee — und erklärt jeden daran zweifelnden Oktoberkämpfer zum „Agenten Chamberlains“.

Das sagen nicht nur wir, sondern auch die noch auf dem Boden des Leninismus stehende russische Opposition der Trotzki, Sinowjew und Genossen. Sie müssen das fortschreitende Wachstum der kapitalistischen Elemente Rußlands und die damit verbundene Verschlechterung der proletarischen Klassenlage und Verschärfung der sozialen Gegensätze signalisieren, weil sie sich mit ihrem täglichen praktischen Anschauungsunterricht über die Wirklichkeit weghören. Die zehnjährige Entwicklung der Sowjetunion hat wirtschaftliche und politische Verhältnisse geschaffen, die nach einer neuen gewaltsamen Umwälzung schreien, wenn das russische Proletariat nicht unter die Räder kommen soll. Der besitzende Bauer, der mit seiner starken ökonomischen Macht die Hauptfigur darstellt; der neue industrielle Bourgeois, der das legitime Kind der NEP ist; der leninistische Staatsbeamte, der die kapitalistische Entwicklung als marschierenden Sozialismus idealisiert — das sind die drei großen Klassengruppen, gegen die die russische Arbeiterschaft den Klassenkampf aufnehmen muß.

Jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet sich, weder tatsächlich, noch formal zu politischen Bündnissen oder Abkommen teilzunehmen, welche einen die Souveränität des andern Vertragschließenden Teiles zu Lande oder zu Wasser sowie gegen seine Unverletzlichkeit, Unabhängigkeit oder Souveränität gerichtet sind. Außerdem verpflichtet beide vertragschließenden Teile auf die Teilnahme an einem Wirtschaftshyökott oder einer Blockade, die von dritten Mächten gegen eine von ihnen organisiert wird.

Hätte, am zehnten Jahrestag der glorreichen russischen Revolution, ist die Situation so ähnlich — nur die Personen und die Kostüme haben gewechselt. Es ist die gleiche politische Melodie, wie vor neun Jahren in Deutschland, die heute in Rußland der Arbeiterschaft vorgespielt wird. „Der sozialistische Aufbau geht vorwärts“, versichert tagtäglich das regierungsbolschewistische Zentralkomitee — und erklärt jeden daran zweifelnden Oktoberkämpfer zum „Agenten Chamberlains“.

Das sagen nicht nur wir, sondern auch die noch auf dem Boden des Leninismus stehende russische Opposition der Trotzki, Sinowjew und Genossen. Sie müssen das fortschreitende Wachstum der kapitalistischen Elemente Rußlands und die damit verbundene Verschlechterung der proletarischen Klassenlage und Verschärfung der sozialen Gegensätze signalisieren, weil sie sich mit ihrem täglichen praktischen Anschauungsunterricht über die Wirklichkeit weghören. Die zehnjährige Entwicklung der Sowjetunion hat wirtschaftliche und politische Verhältnisse geschaffen, die nach einer neuen gewaltsamen Umwälzung schreien, wenn das russische Proletariat nicht unter die Räder kommen soll. Der besitzende Bauer, der mit seiner starken ökonomischen Macht die Hauptfigur darstellt; der neue industrielle Bourgeois, der das legitime Kind der NEP ist; der leninistische Staatsbeamte, der die kapitalistische Entwicklung als marschierenden Sozialismus idealisiert — das sind die drei großen Klassengruppen, gegen die die russische Arbeiterschaft den Klassenkampf aufnehmen muß.

Jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet sich, weder tatsächlich, noch formal zu politischen Bündnissen oder Abkommen teilzunehmen, welche einen die Souveränität des andern Vertragschließenden Teiles zu Lande oder zu Wasser sowie gegen seine Unverletzlichkeit, Unabhängigkeit oder Souveränität gerichtet sind. Außerdem verpflichtet beide vertragschließenden Teile auf die Teilnahme an einem Wirtschaftshyökott oder einer Blockade, die von dritten Mächten gegen eine von ihnen organisiert wird.

Hätte, am zehnten Jahrestag der glorreichen russischen Revolution, ist die Situation so ähnlich — nur die Personen und die Kostüme haben gewechselt. Es ist die gleiche politische Melodie, wie vor neun Jahren in Deutschland, die heute in Rußland der Arbeiterschaft vorgespielt wird. „Der sozialistische Aufbau geht vorwärts“, versichert tagtäglich das regierungsbolschewistische Zentralkomitee — und erklärt jeden daran zweifelnden Oktoberkämpfer zum „Agenten Chamberlains“.

Das sagen nicht nur wir, sondern auch die noch auf dem Boden des Leninismus stehende russische Opposition der Trotzki, Sinowjew und Genossen. Sie müssen das fortschreitende Wachstum der kapitalistischen Elemente Rußlands und die damit verbundene Verschlechterung der proletarischen Klassenlage und Verschärfung der sozialen Gegensätze signalisieren, weil sie sich mit ihrem täglichen praktischen Anschauungsunterricht über die Wirklichkeit weghören. Die zehnjährige Entwicklung der Sowjetunion hat wirtschaftliche und politische Verhältnisse geschaffen, die nach einer neuen gewaltsamen Umwälzung schreien, wenn das russische Proletariat nicht unter die Räder kommen soll. Der besitzende Bauer, der mit seiner starken ökonomischen Macht die Hauptfigur darstellt; der neue industrielle Bourgeois, der das legitime Kind der NEP ist; der leninistische Staatsbeamte, der die kapitalistische Entwicklung als marschierenden Sozialismus idealisiert — das sind die drei großen Klassengruppen, gegen die die russische Arbeiterschaft den Klassenkampf aufnehmen muß.

Jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet sich, weder tatsächlich, noch formal zu politischen Bündnissen oder Abkommen teilzunehmen, welche einen die Souveränität des andern Vertragschließenden Teiles zu Lande oder zu Wasser sowie gegen seine Unverletzlichkeit, Unabhängigkeit oder Souveränität gerichtet sind. Außerdem verpflichtet beide vertragschließenden Teile auf die Teilnahme an einem Wirtschaftshyökott oder einer Blockade, die von dritten Mächten gegen eine von ihnen organisiert wird.

272

einem Berliner Unterbezirk durchgeführte öffentliche Propaganda zur Sabotage der revolutionären Presse bewiesen, daß sie sich im Schlepptau von Elementen befindet, die von vornherein mit dem Gedanken der Sperrung der Partei spielen und letzten Endes diese Sperrung provokatorisch und absichtlich fördern. Wie die Partei es prinzipiell ablehnen muß, über ihre Prinzipien mit anderen Organisationen zu handeln, muß sie es auch ablehnen, mit dieser „Opposition“ über „Bedingungen“ zu handeln, um so mehr, da diese „Opposition“ durch ihre letzte „Aktion“ selbst bewies, daß alle „Forderungen“ und „Bedingungen“ nur Manöver einer Taktik sind, um die Parteigenossen zu verwirren.

Der Zentral-Ausschuß fordert alle Genossen, die aus falscher Solidarität dieser „Opposition“ folgten, auf, mit dieser „Opposition“ zu brechen und in die Partei zurückzukehren. Die politische Stellung der Partei zu dieser „Opposition“ ergibt sich aus deren parteischädigenden Verhalten, und jede Unterstützung dieser „Opposition“ ist deshalb unbedingt abzulehnen.

Diese Entscheidung wurde gegen die Ortsgruppen Leipzig und Weißenfels bei Stimmeneinstimmung Hamburgs angenommen.

Immer noch amerikanischer Bergarbeiterstreik

Der amerikanische Bergarbeiterstreik dauert immer noch an. Die Meldungen von der Besetzung, wärd Schwindelmeldungen im „Interesse“ der Arbeiter und kamen von und für die Gewerkschaften, um den internationalen Streikbruch weniger scharf erscheinen zu lassen. Es wird sich allerdings um Teilbesetzungen handeln. Die Gewerkschaften wirgen den Streik grubenweise ab, um die noch Streikenden auf die Knie zu zwingen. Wie der New Yorker Korrespondent der dem Reich zugehörigen „Industrie- und Handelszeitung“ (29. Oktober) von Ort und Stelle meldet, dauert der Streik bis heute noch an.

An den Produktionsziffern zu schätzen, ist der Streik, an dem rund 100 000 Bergarbeiter beteiligt waren oder (wenigstens ein Teil) noch sind, allerdings am versiegen. Der Streik würde zu ungeheurer Zeit begonnen. Unternehmern wie Gewerkschaften provozierten ihn, um den Arbeitern die Erfolglosigkeit jedes Streiks zu demonstrieren. Es wurde vorher planmäßig Kohle auf Halde und in den Verkaufslagern im Lande aufgeteilt. Weiter wurde lange Zeit vor Beginn des Streiks Propaganda mit ihm gemacht, damit sich die Konsumenten mit Vorrat eindecken.

Als der Streik am 1. April einsetzte, waren, wie der Korrespondent der „I. u. H.“ mittelt, die Bestände an bituminöser Kohle in Höhe von 75 000 000 ts., das größte Bestand, der jemals verzeichnet worden ist. Bis vor kurzem war die durchschnittliche Wochenproduktion 8-8,5 Millionen Tons, d. h. 1 Million Tons weniger, als der Verbrauch. Am 1. Juli betragen die Bestände schätzungsweise noch 62 000 000 Tons, was für das in Frage stehende Datum ebenfalls eine Rekordziffer bedeutet.

Trotz der geringeren Förderung stiegen die Preise nicht, sondern sie sanken. Ein Beweis, daß Überfluß an Kohle herrsche. Erst im August, d. h. als die breite Masse mit der Eindeckung von Hausbrandkohle einsetzte, begannen die Preise langsam zu steigen. Immerhin hielten sie Anfang September erst die Höhe erreicht, die sie Anfang April zu Beginn des Streiks hatten. Nach amtlichen Mitteilungen betrug der Preis in Dollar je Tonne:

Januar	2,33	1. Woche August	1,96
März	2,06	2. Woche August	1,99
April	2,06	3. Woche August	2,05
Juni	1,85	4. Woche August	2,10
Juli	1,83	1. Woche September	2,11

Wie planmäßig schon vor Beginn an der Abwärtung des Streiks bzw. an dem Streik-zwischen gearbeitet wurde, zeigen auch die Förderziffern. Bei Vergleich der Ziffern mit denjenigen des Vorjahres ist jedoch in Rücksicht zu ziehen, daß infolge des britischen Kohlenstreiks und des damit von den Gewerkschaften organisierten internationalen Streikbruchs im Sommer und Herbst vorigen Jahres die erhöhte Produktion eingesetzt hatte, um den Exportbedarf bedienen zu können. (Ziffern des U. S. Bureau of Mines für alle Staaten. Bituminöse Kohle.)

Woche endend:	1927	1926
26. März	13 373	9 626
2. April	11 054	9 404
9. April	8 555	9 420
23. April	7 937	9 271
30. April	8 424	9 125
7. Mai	8 185	9 039
11. Juni	8 524	9 624
1. Juli	8 284	9 913
25. Juni	8 479	9 946
16. Juli	8 255	10 116
23. Juli	8 259	10 150
30. Juli	8 204	10 580
13. August	9 093	10 628
20. August	9 142	10 533

Die Förderziffern zeigen auch gleichzeitig, daß unmittelbar nach Einsetzen des Streiks die anderen Gruben die Förderung zu steigern begannen. Ende August hatte die Förderung schon wieder die Höhe erreicht, die sie im März (zu der Zeit, als noch Hausbrandkohle gebraucht wurde), also vor Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks hatte. An dem Rückgang der Konjunktur, d. h. an dem Rückgang des Verbrauchs an Industrie- und Hausbrandkohle, die Förderung Ende August zum Zeit des Vorjahres, als noch gestreikt, als aber, flott Streikbruchkohle nach England geliefert wurde.

Die Arbeiter, die mit dem Mut der Verweigerung jetzt im 8. Monat streiken, haben die Einsicht in Vorgänge der nationalen Gesamtwirtschaft und in die internationale Wirtschaft nicht. Sie sagen sich, wenn sie streiken, fehlt das entsprechende Quantum Kohle und so hungern sie Monat um Monat in der Hoffnung, daß die Unternehmer endlich nachgeben müssen. Die Gewerkschaften aber haben die Einsicht, und deshalb sanktionieren sie die Streiks und lokalisieren sie, damit sich der Zündstoff der Verweigerung nicht ansammelt und über das gesamte Land und Europa hinwegzuziehen könnte. Solche Streiks könnten internationaler Proletariat evtl. nicht Streikbruchgelüste, sondern Solidarität auslösen. Und das könnte die Revolution bedeuten, zum mindestens einen gewaltigen Schlag gegen das Kapital und das Ansehen der Gewerkschaften, welche während des Streiks. Das würde die Trochsenlegung der Gewerkschaftskassen bedeuten und die Entziehung der Gehälter der Gewerkschaftsbeamten.

Die Vorgänge, die im amerikanischen Bergarbeiterstreik zu beobachten sind, weisen ebenso wie Tage im englischen und im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik, wie in allen Streiks mit gewerkschaftlichen Mitteln überhaupt. Gerade diese Streiks, wo stets große Massen, oder wie in England, wo alle Bergarbeiter viele Monate streikten, sie sollten dem Proletariat sich selbst zeigen, daß mit zwerkschaftlichen Mitteln der Streik für die Arbeiter schon verloren ist, bevor er noch begonnen wurde. Es wird noch schwerer Niederlagen bedient, bevor das Proletariat zu der Einsicht gelangt, daß nur die Revolution auf breiter Grundlage, daß nur der Kampf Klasse gegen Klasse dem Kapital Niederlagen und dem Proletariat Erträge bringt. Zu solchen Erkenntnissen taugen aber die Gewerkschaften nichts. Zu solchen Erkenntnissen müssen sich die

Arbeiter Organisationen schaffen, die ihnen selbst folgen, mit denen sie kämpfen können, wenn sie die Notwendigkeit zum Kampf einschauen. Die Grundlage einer derartigen Organisation ist die aus revolutionären Betriebsorganisatoren gebildete Allgemeine Arbeiter-Union.

Reichsschulgesetz und Arbeiterjugend

Wie sehr die deutsche Bourgeoisie mehr und mehr eine politische Festigkeit verliert, beweisen die vielen Gesetze, die auf Grund dieser Festigkeit in letzter und allerletzter Zeit angenommen wurden. Es sei nur an einige erinnert, die dem deutschen Proletariat in seinen Streikbewegungen der letzten Wochen gerade die größten Füllungen anlegten. So B. das Schlichtungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz und auf kulturellem Gebiet das Schund- und Schmutzgesetz.

Eine würdige Ergänzung zu diesen Gesetzen ist das seiner Evidenz entgegenstehende Reichsschulgesetz. Die herrschenden Klassen sind den Pfläffen verpflichtet, die ihnen geleisteten Dienste zu entzählen, und so wagt es der Bürgerblock als ausführendes Organ der herrschenden Klasse, dem schwarzen Geißel heilend zur Seite zu stehen, der Arbeiterschaft und ihrer Jugend ein Gesetz aufzuhalten, das an die Zeit des Reichvereinsgesetzes des Jahres 1908 erinnert. Dieses Gesetz ist ein würdiges Beispiel dafür, wie die Bourgeoisie von jeder versucht, die Jugarterbeit durch Gesetze aller Art zu knebeln, ihnen die Möglichkeit einer politischen Organisation zu nehmen versucht hat.

Der hauptsächlichste Paragraph dieses Gesetzes, das durch die Novemberrevolution weggefegt wurde, lautet: „§ 17. Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu gesellschaftlichen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.“

Heute ist die Bourgeoisie daran, nicht nur den alten Zustand jener Zeit der schwärztesten Reaktion wieder herzustellen, sondern diese noch womöglich zu übertreffen. Die Regierungen der einzelnen deutschen Länder gehen in konsequenter, einheitlicher Form in dieser Weise vor.

Allen voran in diesem Vorhaben, das sich in erster Linie gegen die proletarische Jugend richtet, ist Bayern. In Bayern bestand bekanntlich bis zum Frühjahr 1924 Belagerungsstand und Verbot sämtlicher kommunistischer Partei- und Jugendorganisationen, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen, erließ die bayerische Regierung eine „Verordnung zum Schutz der Schuljugend“.

Es wurde allen Schulpflichtigen verboten, politischen Vereinen oder solchen Versammlungen anzugehören oder teilzunehmen, die weltliche Versammlungen betreffen, die Fortbildungsschulen und Fachschulen, so daß die proletarische Jugend bis zum 18. Jahre rechtlos gemacht war. Die Verfolgung von Jugendlichen, die noch keine 18 Jahre waren und sozialistischen Jugendorganisationen angehörten oder an deren Versammlungen teilnahmen, setzte ein. Wiederholt wurden Jugendlichen, die man für die Teilnahme von „18jährigen Schulpflichtigen“ an Veranstaltungen verantwortlich machte, bis zu 3 Monaten Gefängnis bestraft.

Auch die württembergische Regierung des Herrn Bazille folgte dem bayerischen Beispiel, und gab im August 1925 einen Erlaß heraus, der sich gegen die Propaganda der Jungkommunisten in den Schulen richtet. In dem Erlaß heißt es u. a.:

„Zur Aufrechterhaltung der Schulzeit wird angeordnet, daß den Schülern aller öffentlichen Schulen (einschl. der Fortbildungsschulen) verboten wird, sich an Vereinigungen und Versammlungen teilzunehmen, die die weltliche Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken. Unter Verbot wird gestellt: Handlungen irgendwelcher Art vorzunehmen, die darauf gerichtet sind, Schulpflichtigen, Anwesende der Schulverwaltung und Lehrer und deren Anordnungen verächtlich zu machen usw.“

Diese Verordnung gab den Anlaß zur Auflösung von Versammlungen der Fortbildungsschüler durch die Polizei. Selbst aus politischen, öffentlichen Versammlungen wurden die Fortbildungsschüler entfernt, Polizei herausgelockt, sämtliche Jugendveranstaltungen polizeilich überwacht.

Doch auch das schöne Thüringen wollte nicht ins Hintertreffen geraten, und so gab die Landesregierung im April 1925 eine Verordnung heraus, die sich ganz unabweislich gegen die revolutionäre Jugendbewegung richtet. Die Verordnung sagt folgendes:

Jede kommunistische Werbetätigkeit in den Schulen ist verboten, kommunistische Schulzeiten werden verboten, die den Vertrieben kommunistischer Schriften in den Schulen.

2. Lehrer, die die kommunistische Arbeit in den Schulen begünstigen, werden sofort entlassen. Die Lehrer werden verpflichtet, gegen die kommunistische Agitation zu arbeiten.

3. Schullehrer dürfen für kommunistische Veranstaltungen nicht herbeigeführt werden.

4. Auch außerhalb der Schulen ist den Schülern jede kommunistische Tätigkeit untersagt.

Nichts steht darin von einem Verbot der faschistischen oder christlichen Propaganda. Sie können mit staatlicher Unterstützung der proletarischen Jugend mit ihrem Nationalismus das Gehirn nach Herzlust verkleistern.

Als letzte im Bunde folgte die sächsische Regierung, eine Nachfolgerin der „glorreichen“ sächsischen „Arbeiter- und Bauernregierung“. Am 6. August d. J. hat das sächsische Ministerium für Volksbildung eine Verordnung erlassen, die folgenden Passus enthält:

§ 1. Den Schülern aller Schülern aller der Aufsicht des Ministeriums für Volksbildung unterstehenden Schulen wird verboten, sich an Vereinigungen oder Veranstaltungen zu beteiligen, die das Ziel haben, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung auf anderen Grundlagen umzuwälzen. Die Schüler sind verpflichtet, sich mit den Aufgaben der Schulpflicht (Artikel 148 der Reichsverfassung, § 1 des Übergangsschulgesetzes) in Widerspruch setzen.“

Das alles sind nur Vorläufer jener Gesetze, die im Reichsanstaltsbereich angenommen oder in Vorbereitung sind. Erst verbietet man faktisch der proletarischen Jugend mit Hilfe des am 3. 12. 26 vom Reichstag beschlossenen Gesetzes „Zum Schutz der Jugend gegen Schmutz und Schand“ alle von Fachleuten der Bourgeoisie als Schand bezeichnete Bücher zu lesen. Danach wird durch das am 17. Mai d. J. in Kraft getretene „Gesetz zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten“ die Gelegenheit wahrgenommen, propagandistische Veranstaltungen politische oder kultureller Organisationen an dem jugendliche beteiligt sind, zu verbieten: Es sei nur erinnert an die Veranstaltungen des Bundes freier Menschen, die man zum Teil verboten hatte.

Als Krone all dieser Gesetze liegt jetzt dem Reichstag das Reichsschulgesetz vor, welchem die in Vorbereitung sind. Es wird die Möglichkeit gegeben, die in den Reichsschulgesetz haben man besonders stark die Gleichberechtigung der konfessionellen und weltlichen Schulen hervor. Doch die in Wirklichkeit besteht, zitiert die Bestimmungen über die Lehrkräfte. In § 4 Absatz 5 heißt es:

„An der Bekennerschule dürfen nur solche Lehrkräfte hauptsächlich angestellt werden, die dem Bekenntnis der Kinder, für welche die Schule bestimmt ist, oder einem verwandten Bekenntnis angehören usw.“ Demgegenüber heißt es in § 5 Absatz 5:

„An der bekennnistreuen Schule können Angehörige jedes Bekenntnisses, sowie Bekenntnislose als Lehrer angestellt werden usw.“

Die Ansicht und das Kommando über die Schulen erhalten wieder die Pfläffen. Sie werden in Zukunft den Lehrplan entscheidend bestimmen. In § 13 Absatz 3 heißt es:

„In die örtliche Schulverwaltungskörper, denen die Schulen unterstehen, an welchen Religionsunterricht erteilt wird, ist je ein Vertreter der entsprechenden Religionsgemeinschaft (evangel. Pfarrer, kathol. Pfarrer, Rabbiner) mit Sitz und Stimme aufzunehmen.“

„... Den obersten Stellen der Religionsgesellschaften ist Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaft erteilt wird.“

Klar und unzweifelhaft wird jeder Junge und erwachsene Arbeiter an Hand dieser Kontrolle sehen, was es bedeutet, ein Gesetz in dieser Art durchzuführen. Das bedeutet einen verstärkten Einfluß der Kirche unter der Arbeiterkinder, ein neues Bündnis der Bourgeoisie und der Kirche zur Verdammung der Arbeiterklasse.

Was aber ist zu tun. Da streiten sich die Proletariat aller Parteien im Reichstag herum. Sozialdemokraten sind trotz ihres halb leisen Geschreies bereit, dem Gesetz keine Schwierigkeiten zu machen, was ist auch anderes zu erwarten von einer staatsbejahenden Partei, die Pfläffen wie Herr Bieler in ihren Reihen hat. Und die KPD, und ihre Jugendorganisation der KJVD, sie sind gegen dieses Gesetz. Sie rufen gegen Schulreaktion, gegen Bürgerblock, für Auflösung dieses Reichstags. Natürlich kommt dann ein anderer, welcher in ähnlicher Form die Gesetze der Bourgeoisie zur Annahme bringen wird, und alles Geschrei war umsonst.

Maximilian Harden tot!

Maximilian Harden ist am 20. Oktober, genau 66 Jahre alt, in Mönchs-Vernachlässigt.

Mit Harden ist eine der markantesten Persönlichkeiten und der schärfste Kritiker des Kaiserismus, mehr der Personen der Kaiser und deren Kluge, dahingegangen. Zweifellosermaßen die bedeutendste Journalist der Vorkriegszeit hat sich Harden mit seiner ebenso mutigen und rücksichtslosen als feinsinnigsten Kritik einen Namen von Welt gemacht.

Harden kam aus dem Kleinbürgertum und begann als Schauspieler. Sein richtiger Name war Maximilian, sein Eltern waren Mühlenbesitzer in Krottschul. Seinen Aufstieg in die Geldaristokratie und sein Eindringen in die Kreise des höchsten Adels und des Hofes verdankt er ausschließlich seiner spitzen Feder. Als Harden in das Vertrauen des gestürzten kaiserlichen Journalisten für den Kaiserstand stand, wurde er der Günstling Wilhelm I. und die Gegner des jungen Wilhelm II. sich seiner Feder bedienten, war er ebenso der geliebteste Günstling der einen und der gehäßteste Gegner der anderen Kaiser im Vordergrund der deutschen Politik stand.

Harden begann seinen Ruhm als Redakteur der damals (vor Mosses Zeiten) unabhängig-bürgerlich-radikalen „Berliner Volkszeitung“, wo er unter dem Pseudonym Apostata mit seinen politischen und literarischen Aufsätzen das größte Ansehen erlangte. Sein zweites, sein wichtigstes Werk, das unter dem gleichen Pseudonym erschien, erreichte zur Zeit des Erscheinens, 1892, ein ungeheures Interesse und wurde eines der meistverkauften Bücher. 1892 gründete er auch seine politische Wochenschrift „Der Zukunft“, mit der er verstärkt auf seiner Linie seine ganze kritische Kraft einsetzte. Hardens Gabe, Spot, Ironie und Satyre unerschrocken anzuwenden, und einige Festungsstrafen wegen seiner Kritik des verrotteten politischen Systems steigerten seine Zeitschrift zu einer beliebten wie sie in Deutschland noch nie ein Presseerzeugnis erreicht hatte. „Die Zukunft“ hatte ihre Leser ebenso in der intelligenten Arbeiterschaft als in der Bourgeoisie und im Adel, wie am Hofe. Die Höhe seines journalistischen Ruhms erreichte Harden als er sich den Günstling beider Kaiser,